

Im Schatten der Dinos

Neujahrsempfang in Berlin – PAR-Versorgungssituation ist alarmierend

Droht den niedergelassenen Zahnärzten das gleiche Schicksal wie den Dinosauriern? Die aktuelle Gesundheitspolitik jedenfalls sorgt dafür, dass immer weniger junge Kolleginnen und Kollegen bereit sind, sich dem Risiko „eigene Praxis“ auszusetzen. Wachstum verzeichnen die Kassenzahnärztlichen Vereinigungen nur noch bei den Angestellten. Vielleicht haben die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) und die Bundeszahnärztekammer (BZÄK) deshalb das Berliner Naturkundemuseum als Ort für ihren Neujahrsempfang ausgewählt.



Große Tiere: Beim Neujahrsempfang von KZBV und BZÄK im Berliner Museum für Naturkunde redete BZÄK-Präsident Prof. Dr. Christoph Benz der Politik ins Gewissen. Aus dem Deutschen Bundestag waren Christine Aschenberg-Dugnus (FDP) und Erwin Rüdell (CDU/CSU) der Einladung gefolgt.

In seinen Eröffnungsworten plädierte BZÄK-Präsident Prof. Dr. Christoph Benz vor allem für Vertrauen in die Demokratie. Er zeigte sich erschüttert über das in Potsdam stattgefundenere rechtsextremistische Treffen im November. Er wies darauf hin, dass ein Gesundheitswesen ohne das große Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund nicht vorstellbar sei. Darüber hinaus forderte er die Bundespolitik auf, die multiplen Probleme in der ambulanten Versorgung endlich anzugehen. Aktuell gefährde vor allem die Unterfinanzierung der Parodontitisbehandlung die Versorgung vor Ort. Wenn das Bundesgesundheitsministerium (BMG) Vorsorge und Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen verbessern wolle, sei es wichtig, hierzu endlich in den Diskurs mit der Zahnärzteschaft zu treten, da Wechselwirkungen zwischen Parodontitis und Herz-Kreislauf-Erkrankungen bestehen. Zudem sei es drängende Aufgabe, die zahnärztliche Berufsausübung in eigener Niederlassung wieder attraktiv und zukunftsfähig zu machen. Hier bedarf es einer ernst gemeinten Stärkung der (zahn-)ärztlichen Niederlassung durch die Politik. Lösungsideen habe die BZÄK bereits in ihrer Warnemünder Erklärung angebracht. Zudem müsse endlich die vom Bundesgesundheitsminister Ende 2022 angekün-

digte Regulierung zur wirksamen Kontrolle von Fremdkapital und -besitz in der Gesundheitsversorgung angegangen und Überbürokratisierung abgebaut werden. Die BZÄK habe diverse Anregungen vorgelegt und sei hier jederzeit gesprächsbereit.

Dr. Kirsten Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen), MdB, betonte, dass Demokraten gemeinsam für Demokratie einstehen müssten. Den Mund aufmachen – hier sei man bei der Profession Zahnmedizin. Sie beglückwünschte die Zahnmedizin dafür, dass sie Prävention in den Vordergrund ihrer Arbeit stelle. Davon könnten sich andere eine Scheibe abschneiden. Über die Parodontitisbehandlung müsse man reden.

Martin Hendges, Vorsitzender des Vorstands der KZBV, forderte, die mit dem GKV-FinStG wiedereingeführte Budgetierung für alle Zeiten zu beenden. Die Parodontitistherapie müsste angesichts der alarmierenden Versorgungssituation sofort aus der Budgetierung herausgenommen werden.

Leo Hofmeier



Dr. Kirsten Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) verteidigte als stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses die Gesundheitspolitik der Ampelkoalition, signalisierte aber auch Gesprächsbereitschaft.